



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

## Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 22. Oktober 2019

Vorlagen-Nr. 19-J-42-0034

### Verkehrswende einleiten - Autoverkehr reduzieren

- *Beschluss des Jugendparlamentes vom 21.08.2019 (BP 0081)* -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 03.09.2019 (BP 0198)* -

Auch wenn sich eine Zahl nur schwer beziffern lässt, gehen Forscher davon aus, dass bis zu 40 % (an Adventssonntagen auch mal 90%) des innerstädtischen Verkehrs Parkplatzsuche ausmachen und damit auch den Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen massiv steigern. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in einer Krisensituation befinden, müssen wir unsere Lebensweisen grundsätzlich auf den Prüfstand stellen, ihre Notwendigkeit hinterfragen und sie im Klimakontext neu bewerten. Vor diesem Hintergrund scheinen die 40% der Emissionen durch Parkplatzsuche gegenüber dem Klima und damit gegenüber den zukünftigen Generationen nicht verantwortbar. Es ist schlicht nicht notwendig für einen Großteil der Bevölkerung mit dem Auto in die Stadt zu fahren, es gibt nicht nur ein extrem ausgeprägtes Busnetz, auch die Fahrradverbindungen verbessern sich und sind spätestens seit der Einführung des ESWE-Verleihsystems meinRad für jeden zugänglich. Daher müssen die Reize reduziert werden mittels MIV die Stadt zu erreichen. Die dabei entstehenden Potentiale können gleichzeitig genutzt werden, um neue Anreize zu setzen und so Fahrradwege auszubauen oder Neubepflanzungen vorzunehmen. Dies bedeutet weder, dass der Autoverkehr in der Stadt zum Erliegen kommt, noch raubt es den innerstädtischen Geschäften Kundenpotentiale, es handelt sich lediglich um eine Optimierungsmaßnahme des Verkehrs, die neben einer ökologischen Komponente auch eine gesundheitsfördernde (Radverkehr) und gesellschaftsfördernde (ÖPNV) Dimension umfasst. Die Zeit ist reif, strukturelle Probleme anzupacken und aus dem Weg zu räumen.

Das Jugendparlament möge beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass

1. im Verkehrsraum, der abgegrenzt wird von Wilhelmstraße, Kaiser-Friedrich-Ring, Bahnhofstraße, Bismarckring, Drudenstraße, Emser Straße, Coulinstraße, Saalgasse und Taunusstraße einschließlich dieser Straßen Parkräume massiv reduziert werden, sodass lediglich der Bedarf an Anwohnerparkplätzen gedeckt ist. Allen anderen Verkehrsteilnehmern ist das Parken in diesen Flächen nicht gestattet. Lediglich die Parkhäuser sollen als Parkmöglichkeiten für Nicht-Anwohner bestehen bleiben.

2. die gewonnen Flächen langfristig genutzt werden, um neue Fahrradwege zu installieren oder Bepflanzungen durchzuführen.

3. die Gebühr für nicht ordnungsgemäßes Parken in dieser Zone im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und der Verhältnismäßigkeit spürbar angehoben wird.

---

### **Beschluss Nr. 0234**

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr empfiehlt, dass im Rahmen der Entwicklung des Mobilitätsleitbildes eine kritische und konstruktive Diskussion über den Beitrag des Jugendparlamentes stattfindet.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2019

Dr. Uebersohn  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin  
  
Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2019

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .10.2019

Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende  
Oberbürgermeister